

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/II/73

Hannover, 9. September 1947
Telefon: 20551/52

Schon wieder arrogant?

P.R. Die Deutschen seien es, erklärte kürzlich Edouard Herriot in Lyon, seiner Stadt. Herriot ist neben Léon Blum die ehrwürdigste Gestalt unter den lebenden französischen Politikern. Aber aus er deshalb mit allem, was er sagt, recht haben?

Die Deutschen seien arrogant, weil sie den Anspruch erhöhen, als erste bei den Wiederaufbau Europas mit ihren Wünschen berücksichtigt zu werden. Soviel wir wissen, hat diese Forderung niemand in Deutschland aufgestellt. Die Dinge liegen anders. Die wirtschaftlichen und speziell die industriellen Mächte in allen Ländern, vor allem aber in den Siegerstaaten, haben eingesehen, daß auch das bis an den Rand der völligen Vernichtung zerschlagene Deutschland für den Wiederaufbau Europas unentbehrlich ist. Man mußte sogar aufgrund sehr nüchternen und sorgfältiger Prüfungen der Gesamtlage zugeben, daß mit der Wiederherstellung einer nach den heftigen Umständen maximalen deutschen Leistungsfähigkeit wahrscheinlich sogar der Anfang gemacht werden müßte, weil aus dieser deutschen Kraftreserve an Rohstoffen und Arbeitsleistung eben auch heute noch Energien an die übrigen europäischen Volkswirtschaften gepumpt werden, auf die diese nicht verzichten können, wenn sie gedeihen, sich fortentwickeln und sich nicht auf die Dauer mit der gegenwärtigen, ganz unbefriedigenden Situation begnügen wollen. Diese Erkenntnis ist inzwischen zur Binsenweisheit geworden.

Sie hat dem Deutschen ohne Zweifel ein gewisses Selbstbewußtsein von eigenem Wert seiner ökonomischen Bedeutung zurückgegeben. Nun ließe sich allerdings denken, daß ein solches Gefühl sich alsbald wieder bis zur Anmaßung steigert. Aber es ist wirklich nichts dergleichen zu beobachten, dazu ist die deutsche Situation viel zu verzweifelt. Denn überall weiß man hier sehr genau, daß, selbst wenn die Arbeit wieder in nennenswertem Umfange in Gang kommen sollte, ihre Erträge in erster Linie und für abschbare Zeit dem Auslande und ganz zuletzt den Deutschen selbst zugute kommen werden. In dieser Hinsicht können ängstliche Gemüter im Auslande ganz beruhigt sein.

Gerade die Exportmessen der letzten Zeit, wie etwa die von Hannover oder Stuttgart, mit ihrer erstaunlichen Fülle erstklassiger Qualitätsgüter sind der Beweis. Über 800.000 Deutsche sind mit hungrigen

Mägen und noch hung rigeren Augen an den Ständen in Hannover vorbeigezogen, ohne sich einen Teller oder einen Schlipf kaufen zu können, von größeren Möglichkeiten ganz zu schweigen. Sie haben das hingekommen, vielleicht leicht verbittert, und sind im Grunde doch darüber froh gewesen, daß aus der Arbeit auf ausländische Bestellungen hin vielleicht auch für sie ein etwas besseres Leben herauspringen könnte - später einmal, in sehr bescheidenem Umfang. Mehr erhofft niemand. Welche fahrlässige oder absichtliche Verkenning der Tatsachen liegt darin, die Anfänge einer neu erwachenden Selbstachtung und Genugtuung über eigene Leistungen, die unter schwersten Voraussetzungen zuwege gebracht wurden, als Anmaßung und Überheblichkeit zu diffamieren.

Die Gefahr liegt - wir erlauben uns diesen Hinweis auf die Gefahr hin, nun unsererseits arrogant genannt zu werden - woanders. Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes hat erkannt, daß man 12 Jahre lang betrogen wurde und daß die eigene Dummheit daran kaum weniger Schuld gewesen ist als die verbrecherische Gesinnung der Betrüger. Man hat den Schock der KZ-Lager-Enttüllung noch keineswegs überwunden und ist aus vielen anderen Gründen recht skeptisch auch gegenüber dem eigenen moralischen Wert geworden.

Zahllose Dinge aber, die sich seit dem Beginn dieses Prozesses der deutschen Binkkehr in aller Welt und vor aller Augen abspielen, sind nicht geeignet, diesen Prozeß zu fördern. Im Gegenteil: sie fangen an, ihn zu hemmen und an Stelle notwendiger Selbsterkenntnis die gefährliche Wahrnehmung von Fehlern und Mängeln der Anderen zu setzen. Leider ist auch zuzugeben, daß vor allem auf dem Gebiete der Wirtschaftsorganisation und der politischen Erziehung von den Besatzungsmächten manche bemerkenswert negative Leistung vollbracht worden ist, die die Gefahr mit sich brachte, daß sich in der gefährdeten deutschen Seele das Gift der Überheblichkeit von neuem festsetze.

Arroganz aufs Nationale übertragen endet im Chauvinismus - der eine der unerfreulichsten politischen Denkformen ist. Jede politische Erziehung oder Beeinflussung sollte sich dagegen aufs Schärfste wenden. Sie täte es, wie jede Erziehung, am wirksamsten durch das Beispiel.

Kein Märchen

"Der britische Botschafter in Morkau", so berichtet der "Daily Graphic" in seiner Nummer vom 4. September, "protestierte bei Mr. Wyszinsky gegen gewisse Stellen in dem neuen Sowjetfilm "Stalingrad". I. Filmtext wird der Mut des britischen und amerikanischen Soldaten geschmäht und Churchill und Präsident Roosevelt werden bezichtigt, ihr Versprechen, die Invasion 1942 zu starten, gebrochen zu haben. Wyszinsky zeigte sich dem Protest gegenüber nicht ablehnend, erklärte jedoch, daß die Sowjet-Regierung ihren Autoren, Künstlern und Journalisten völlige Meinungsfreiheit gewähre". (m/B65/99/1/ns)

Russische Verhandlungstaktik

Eine Analyse der jüngsten diplomatischen Geschichte

"Mit den Russen zu verhandeln, das ist ungefähr so, wie wenn man auf einem Tennisplatz ohne Linien oder ohne Schiedsrichter spielen würde. Schlägt der unermüdete Mr. Molotow einen Ball ins Netz (was nicht selten geschieht) und er ruft "gut", so bleibt nichts anderes übrig, als ihm zuzustimmen. Wenn man die Franzosen, die Engländer und die Chinesen als Zeugen anruft und sie sagen alle drei "Es tut uns leid, aber der Ball ging ins Netz", so wird Molotow nicht nur starrköpfig, sondern auch ärgerlich werden. "Haben wir nicht beschlossen", so wird er fragen, "daß in allem Übereinstimmung herrschen soll?" Ist er schlechter Laune, oder ist das Politbüro der Meinung, daß die Russen den Punkt dringend brauchen, so wird sich Molotow zu einem Kompromiß bereitfinden und sich bereit erklären, daß der Ball wiederholt wird".

Mißtrauen als Leitmotiv

Diesen originellen Vergleich stellt der amerikanische Journalist James B. Reston, der als diplomatischer Korrespondent der "New York Times" an allen bedeutsamen internationalen Konferenzen der beiden letzten Jahre teilgenommen hat, an die Spitze einer tiefeschürfenden Analyse über die russische Verhandlungstaktik, die den Westeuropäer und Amerikaner vor immer neue Rätsel stellt. Entscheidend für das zuweilen geradezu unbegreiflich anmutende Verhalten der Russen ist nach Restons Ansicht die grundverschiedene, innere Einstellung, mit der sich die sowjetischen Unterhändler an den Verhandlungstisch begeben.

Der frühere US-Außenminister Byrnes sagte einmal, es war nach der Pariser Friedenskonferenz 1946, zu Molotow: "Wir gehen bei allen Verhandlungen von den vorhandenen Tatsachen aus, und versuchen, in ernstest Besprechungen zu einem gerechten und fairen Ergebnis zu gelangen, Ihr aber setzt an den Anfang von Verhandlungen das gesteckte Ziel und versucht, die gegebenen Tatsachen zu eurem Vorteil auszulegen oder sie entsprechend zu verdrehen". Mit anderen Worten ausgedrückt, heißt das: Engländer und Amerikaner sind bei allen Verhandlungen von dem Gedanken beherrscht, daß ein vernünftiger Kompromiß im Interesse aller liege. Die Russen aber besetzt stets das Gefühl des Argwohns und des Mißtrauens. Sie sehen in den USA und in England noch immer die beiden Länder, die sich ihrer Revolution am Ende des ersten Weltkrieges widersetzt und Expeditionsheere nach der Sowjetunion entsandt haben, um sie zu Boden zu schlagen.

Dieses Mißtrauen verleitet die Russen auch, bei der ersten Beratung eines neu aufgeworfenen Problems grundsätzlich nein zu sagen und sofort mit einem "nyet" zu antworten, wenn in ihnen auch nur der leiseste Zweifel auftaucht. Sie lehnen es auch ab, sich über irgend welche Verhandlungsthemen außerhalb des Verhandlungsraumes zu unterhalten. Für sie sind diplomatische Verhandlungen nichts anderes als eine Arbeit, die geleistet werden muß, und weil man seit dem Ende des zweiten Weltkrieges zur "offenen Diplomatie" übergegangen ist, lassen sie nichts unversucht, sie auch propagandistisch für sich auszuwerten. Die russischen Unterhändler sind im allgemeinen nicht unhöflich und zugeschlossen. Das hindert sie aber nicht, am Verhandlungstisch auch nicht vor massiven, persönlichen Angriffen zurückzuschrecken. Bevin war darüber oft so erbost, daß man ihm seine Verärgerung noch beim Verlassen des Sitzungssaales vom Gesicht ablesen

konnte, während Molotow und Wyschinski ebenso freundlich dreinblickten, als wenn überhaupt nichts gewesen wäre.

Das allmächtige Politbüro

Als äußerst erschwerend im Umgang mit russischen Unternählern hat sich weiterhin die enge Begrenzung ihrer Vollmachten erwiesen, die nach Ansicht James E. Restons auf die überragende Stellung des Moskauer Politbüros zurückzuführen ist. An dessen Direktiven sind nicht nur untergeordnete Instanzen, sondern auch Molotow gebunden. Er wurde z.B. im Vorjahr in Paris scharf zur Ordnung gerufen, als er von sich aus der Einberufung einer allgemeinen Friedenskonferenz zustimmte und mußte auf Anweisung Moskaus die Beratungen der "Großen Vier" solange hinausdehnen, bis man sich in Moskau über die einzunehmende Haltung schlüssig geworden war, worüber ganze vier Tage vergingen. Noch drastischer ist jedoch das Beispiel des Sowjetdelegierten bei der UNO-Kommission zur Untersuchung der Zwischenfälle an der griechischen Grenze, A. Lawrischew. Ihm wurde eines Tages von dem amerikanischen Vertreter Mark Ethridge ein Vorschlag der amerikanischen Delegation überreicht mit der Bitte, ihn durchzulesen und begutachten zu wollen. Lawrischew entsprach der Bitte und fand den Vorschlag ausgezeichnet. Er erklärte jedoch gleichzeitig, er müsse selbstverständlich den Vorschlag erst noch nach Moskau geben, ehe er sich ein endgültiges Urteil gestatten könne. 48 Stunden später suchte Lawrischew Mark Ethridge auf und bedauerte, seinen Vorschlag ablehnen zu müssen. Offenbar hat er von Moskau entsprechende Anweisung erhalten und ihr konnte er sich natürlich nicht entziehen, so blamabel der plötzliche Gesinnungsumschwung auch war.

Die Unermüdlichen

Ein großes Plus, von dem sie zudem mit unleugbarem Talent und Geschick Gebrauch zu machen wissen, besitzen die Russen in ihrer erstaunlichen und enormen physischen Ausdauer, sowie in dem völligen Mangel an persönlicher Rücksichtnahme auf Verhandlungspartner. Vertreter des Westens sind nur leicht geneigt, einen freundschaftlichen Umgang und Verhandlungston anzuschlagen, wenn sie mit den gleichen Verhandlungspartnern tagelang zusammen am selben Tisch beraten haben. Dort muß sie kennt das nicht. Er hält, vielleicht aus dem schon erwähnten Mißtrauen heraus, stets Distanz, meidet jeden engeren persönlichen Kontakt und läuft so auch nie Gefahr, aus irgend welchen persönlichen Motiven sein Urteil und seine Haltung unbewußt zu revidieren. Er kennt auch keine Verhandlungsmüdigkeit, die erfahrungsgemäß oft zu oberflächlichen Beschlüssen und Improvisationen geführt hat.

Die New Yorker Außenministerkonferenz im Herbst 1946 fand gleichzeitig mit der Vollversammlung in der UNO in Lake Success statt. Wenn im Waldorfer Turm vier oder fünf Stunden verhandelt worden war, war Byrnes zumeist restlos erschöpft. Nicht so Molotow und Wyschinski. Sie pendelten unermüdlich zwischen den beiden Verhandlungsorten hin und her und waren nach acht und zehn Stunden noch ebenso elastisch und frisch wie zu Beginn. Sie redeten und redeten und ermüdeten schließlich auch den hartnäckigsten Kontrahenten. "Wir Amerikaner", sagt James E. Reston, "glücken, alles auf dem Verhandlungsweg und mit Hilfe des Dollars regeln zu können. Die Russen erzielen ihre Erfolge mehr mit Hilfe politischer Organisationen und geschickter Infiltration als auf diploma-

tischem Wege! Sie sehen im Konferenz auch keineswegs die endgültige Beilegung eines Konfliktes, sondern nur eine Zwischenstation auf dem Wege zu dem erstrebten Ziel.

Aus dieser grundverschiedenen Mentalität schrecken sie auch nicht davor zurück, feste Abmachungen einfach zu ignorieren oder ad acta zu legen, wie dies am deutlichsten an der Weigerung der Russen ersichtlich ist, die im Potsdamer Abkommen festgelegte Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit in die Praxis umzusetzen.

(S/B65/.../1/..)

Die Polen in der Emigration

Bemerkungen zu einem schwierigen Problem

Ein Teil der polnischen Zeitungen, der dem Berichterstatter zur Verfügung steht und der in Deutschland erscheint, vertritt den Standpunkt des nationalen Vorkriegspolen und steht zu dem gegenwärtig unter Russlands Protektorat stehenden Polen in sehr offenem und ganz deutlichen Gegensatz. Der Ausdruck "sowjetisches Protektorat" ist in diesem Zusammenhang übrigens keine deutsche, sondern eine polnische Erfindung.

Die Lage der polnischen Emigration sei verzweifelt, heißt es in polnischen Darstellungen, die in Deutschland gegeben werden. Die einen glauben, sie seien in der Heimat dringend nötig, andere handeln nach Forderungen der Familieninteressen, andere glauben, als Emigranten weiterleben zu müssen, wieder andere wollen abwarten, wie sich die osteuropäische Lage entwickelt und nach England gehen. Alle wollen bessere Zeiten abwarten - aber sie hoffen, wieder nach dem wirklich freien Polen gehen zu können, wenn es erst wieder wirklich frei sein wird.

Eine ganz geringe Gruppe richtet sich ein, in Deutschland zu bleiben. Vor diesem Entschluß warnt die polnische Führung. Die Militärbehörden stellen jedem den Entschluß frei, aber dieser Entschluß sei nicht zu empfehlen, das habe überhaupt keinen nationalen Sinn. Es helfe den Polen im Lande und in der Welt gar nichts, wenn sie in Deutschland bleiben. Wer sich so entschließt, könne noch sehr schnell böse Überraschungen erleben.

Vorerst sei der Pole unter der Obhut der Alliierten privilegiert. Selbst wenn Polen als DP in Lager leben, was nicht angenehm sei, lebten sie besser, als demobilisierte Polen in Zivil, die den deutschen Behörden unterstehen und doch das deutsche Staatsbürgerrecht nicht erwerben. Mit solcher Pole sinkt auf die allertiefste Stufe. Dafür zu leiden, daß man Pole sei und noch deutscher Einwohner niedrigster Kategorie, das sei ein wenig viel auf einmal.

Inserhin studieren in Deutschland zur Zeit nicht weniger als 1553 Polen an den Universitäten, die in 22 Zirkeln zusammengefaßt sind. In Hannover und Braunschweig besitzt die polnische Studentenverbindung

Bratnia Pomoc (Bruderhilfe) bereits je ein eigenes Haus.

Im neuen Polen, so meldet die polnische Emigrantenpresse, herrschen innerhalb der Jugend sehr schlimme Zustände. Trunksucht und Diebstahl stehen an der Spitze. Die Polizeichronik notiert auch Zunahme der Verbrechen wie Mord und Vergewaltigung, die von Jugendlichen verübt werden. In Warschau kamen in die Zentralkasse der "Spolem" (Einheit) vier Jugendliche, die mit der Waffe in der Hand das Personal zwingen, zwei Millionen Zloty herauszugeben. In Zakopane (ein sehr bekannter Kurort in der Hohen Tatra) kamen vier Jugendliche im Alter von 17 - 18 Jahren, die angeblich keine Eltern hatten, in eine Pension und suchten Arbeit. Als sie aufgenommen wurden, beraubten sie die Inhaber und nahmen Schmucksachen und allerlei Wertgegenstände von zusammen vier Millionen Zloty mit. In Lublin ermordete ein sechzehnjähriger Junge eine 65 Jahre alte Frau, um sich Geld zu besorgen, damit er sich Schnaps kaufen könnte. Die polnische Bevölkerung ist in tiefer Sorge über die mehr und mehr zunehmende Demoralisierung der Jugend in Polen - so meint die Zeitung "Nowiny".

In Polen köm es zu massenhaften Verhaftungen der katholischen Geistlichen wegen illegaler politischer Tätigkeit. Die Zahl der Verhafteten Geistlichen der römisch-katholischen Kirche sei unbekannt, aber die Unruhe in der polnischen Bevölkerung steige mit jedem Tage. Besonderes Aufsehen erregte die Verhaftung des Paters Leon Pawlina, des Direktors der Caritas. Die Verhafteten dürfen in den Gefängnissen nicht von den Verteidigern aufgesucht werden. Durch diese neue Verhaftungswelle sei eine neue ernste Spannung zwischen dem Vatikan und der polnischen Regierung entstanden. (Bekanntlich bestehen zwischen dem Vatikan und der derzeitigen polnischen Regierung keine offiziellen Beziehungen seit der plötzlichen Aufkündigung des Konkordats!).

Zum Aufstand der Polen in Warschau, der bekanntlich vom 2. August bis zum 2. Oktober 1944 dauerte, erklären jetzt die Polen in der Emigration, daß dieser Aufstand eine der schwersten polnischen Niederlagen war, da die zum Aufstand aufgeforderten Polen von den Russen im Stich gelassen worden seien. Tausende von Polen erlitten den Tod, gewaltige kulturelle Werte gingen unnötig verloren. Die Polen hätten mit der russischen Hilfe gerechnet, aber sie wurde ihnen ganz offen verweigert. Die Russen erlaubten nicht einmal den alliierten Flugzeugen, von den nahe gelegenen Flugplätzen zu starten, so daß also von italienischen Flugplätzen gestartet werden mußte, um eine unzureichende Hilfe zu bringen. Rußland habe von seinem Standpunkt aus ganz logisch gehandelt. Rußland wünschte den Ausbruch des Warschauer Aufstandes, um die polnischen Widerstandskräfte ohne eigene Anstrengungen vernichten zu lassen. Denn wenn die Polen in Warschau Erfolge gehabt hätten, dann wäre den Russen der Vormarsch nach Westen nicht so leicht gelungen - meint z.B. das polnische Blatt "Nowiny". Dann heißt es wörtlich weiter: "Der Zusammenbruch des Warschauer Aufstandes vom Jahre 1944 bleibt eine ewige Anklage gegen Rußland und die Sowjetpolitik, genau so wie der Ribbentrop-Molotow - Fakt und Katyn eine unauslöschliche Anklage gegen Rußland sind".

Kriegsverbrecher-Prozesse

Unter dieser Überschrift bringt der "Daily Telegraph" die Zuschrift eines Lesers namens A. Bregman aus London WC 2, in der es heißt: "Nach über zweimonatlicher Verhandlung wurde das Urteil gegen die 18 Gestapo- und SS-Männer gefällt, denen die Ermordung der aus dem Stalag Luft III entflohenen RAF und alliierten Offiziere zur Last gelegt worden war. Von den britischen Behörden war keine Mühe geschaut worden, alle diejenigen, die für dieses Verbrechen verantwortlich waren, vor die Schranken des Gerichtes zu bringen. Ein scharfer Kontrast dazu wird durch das Fehlen jeglichen Versuches geliefert, diejenigen ausfindig zu machen, die für ein ähnliches Verbrechen verantwortlich zu machen und zu bestrafen sind. Es wurde in einem weit größeren Umfang an kriegsgefangenen polnischen Offizieren verübt, deren Leichen, viele Tausend an der Zahl, im Walde von K a t y n in der Nähe von Smolensk aufgefunden wurden. Man sollte erwarten, daß die Sowjetbehörden darauf bedacht wären, der Welt zu beweisen, daß sie im Gegensatz zu deutschen Anschuldigungen für diesen Mord nicht verantwortlich waren und daß sie jene Deutschen der Gerechtigkeit zuführen würden, die sie der Tat beschuldigen. Aber sie unternehmen nichts dergleichen. Auch die kommunistisch beherrschte Warschauer Regierung unternimmt nichts, um die Aushändigung der Verbrecher zu erreichen. Nun, da der Hamburger Prozeß die Möglichkeit bewiesen hat, die volle Wahrheit über derartige Verbrechen, mögen sie auch noch so geschickt von ihren Urhebern getarnt worden sein, zu erlangen, sollte da die Weltmeinung nicht darauf bestehen, daß die für die Niedermetzlung von Tausenden polnischer Offiziere in Katyn Verantwortlichen vor Gericht zitiert werden?"

(G/B65/99/1/hs)

Glossel

"Recht auf politischen Irrtum?"

Die Revolution mit Zeitlupe, die Entnazifizierung, ist wieder einmal in ein neues Stadium getreten. Sie soll nun ganz in deutsche Hände gelegt werden - "auf der Basis der bisherigen Verordnungen der Alliierten" natürlich.

Der Grundakkord der neuen Melodie klingt harmonisch und vertrauens-erweckend: die wirklich Schuldigen hart anfassen, die Kleinen laufen lassen und vor allem schnell eine endgültige und überzeugende Entscheidung treffen. Aber eine These, die ebenfalls neu auftaucht und mit besondere Eifer verfochten wird, stimmt doch bedenklich, die vom "Recht auf den politischen Irrtum".

Hier gilt es, die Oxen zu spitzen. Wer beruft sich denn so laut auf dieses Recht? Die Mitläufer haben keine Veranlassung dazu. Sie waren ohnehin nicht mit dem Messen dabei, sondern mehr aus Sicherheits- oder Geschäfts- und Bequemlichkeitsgründen. Sie werden das zumeist beweisen können, und damit gut.

Auf ihren "politischen Irrtum" aber werden sich in erster Linie die Aktivisten, die größten Förderer ihres Herren und Meisters, und die besonders unerfreulichen Spezies der Fanatiker zu berufen versuchen. Hier droht Gefahr, Mißbrauch eines Begriffes durch Leute, die

mit dem Sturz ihres Regimes auch eine schwere persönliche Niederlage erlitten, die sich aber deshalb noch keineswegs gewandelt haben und nun mit dem Attest des politischen Irrtums in der Tasche frisch und fröhlich von vorne anfangen.

Der Begriff des Rechtes auf den politischen Irrtum hat gewiß einen Kern richtiger Erkenntnis. Er mahnt aber zur äußersten Vorsicht, damit hier nicht eine Kulisse errichtet wird, hinter der sich ein Aufmarsch neuer Fanatiker vollziehen kann. -ichs

Zuspitzung im Saargebiet

(Big. Bericht) Neunkirchen

In Sulzbach fand am 7. September ein außerordentlicher Parteitag der sozialdemokratischen Partei des Saargebiets statt. Nachstehende Entschliessung, die der erweiterte Landespartei Vorstand vorgelegt hatte, wurde einstimmig angenommen:

„Der außerordentliche Parteitag der sozialdemokratischen Partei Saar, erhebt bei der französischen Militärregierung allerschärfsten Protest gegen die Bestimmungen der Wahlordnung Nr. 104 vom 12.7.47 die eine große Zahl der Saarbevölkerung von der Wahl ausschließt. Er bedauerte, feststellen zu müssen, daß in dieser Wahlordnung die demokratischen Rechte des Volkes ohne sichtbaren Grund außer acht gelassen werden“.

Durch die Annahme dieser Entschliessung wird die französische Militärregierung veranlaßt, die Möglichkeit einer Revision der Wahlordnung in Erwägung zu ziehen. Falls dies nicht geschieht, will die sozialdemokratische Partei erneut zu der Frage der Wahlen im Saargebiet Stellung nehmen.

Auf dem Parteitag selbst wurde der Generalsekretär der Partei, Erich Roth, von dem stärksten Wahlkreis, Neunkirchen, als Spitzenkandidat aufgestellt, trotzdem der Parteivorsitzende Richard Kirn darauf hingewiesen hatte, daß Roth nach der bisher vorliegenden Wahlordnung weder aktives noch passives Wahlrecht besitze. Roth ist bekanntlich der frühere Reichstagsabgeordnete des Mannheimer Wahlkreises, der 1933 nach Frankreich in die Emigration ging, dort ohne Unterbrechung politisch gegen Hitler arbeitete und aktiv an der französischen Widerstandsbewegung beteiligt war.

Jedenfalls wurde auch in Sulzbach wieder vollkommen klar, daß die über ganz Deutschland und auch im Ausland verbreitete Nachricht der „Saarbrücker Zeitung“, wonach die sozialdemokratische Partei mit dem von der Militärregierung vorgelegten Wahlordnung völlig einverstanden sei, unrichtig ist.